Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Gesellschaftsleben, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugspreis vierteljährlich M. 2.00, durch die Post M. 2.25. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 8, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vereine oder nach Heitzungen 20 Pfg. Unter dem Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Kostenfreie Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Einsendung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Kempner Gasse Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 7,
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Dresden, 1890.

Die „Dresdner Nachrichten“ sind das verbreitetste sächsische Blatt, welches in allen Schichten der Bevölkerung Eingang gefunden hat. Die unparteiische, unabhängige, freimüthige Richtung, welche die „Dresdner Nachrichten“ nach allen Seiten hin verfolgen, hat dem Blatte in den höchsten und einfachsten Leserkreisen die Beliebtheit verschafft, welche sich in der fortwährenden Zunahme der Leser äußert. Die Redaction wird stets bemüht sein, durch Heranziehung tüchtiger schriftstellerischer Kräfte das Blatt immer nützlicher und interessanter zu gestalten, um sich hierdurch auch ferner die Gunst des Publikums zu erwerben.

Trinks Fahrräder
als bestes Fabrikat anerkannt.
Fabrik: Annenstrasse 23–25 (Annenhof).

Versandfertig in allen Grössen. Zu haben bei M. & R. Zocher, Papierwaaren-Fabrik, Dresden, Annenstrasse 3. Billig! Praktische Neuheit! Universal-Ordnungs-Mappe. Zum Gebrauch für Jedermann. Mappe geschlossen. Mappe geöffnet.

Tapeten — Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. F. Schade & Co. Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke. — Tapeten

Lodenjoppen, Wettermäntel, Lodenhüte, praktisch zur Reise. Jos. Flechtl aus Tirol, Schloss-Strasse 23, schräg gegenüber dem früheren Laden.

Nr. 182. Spiegel: Kriegsminister von Verdy, zweijährige Dienstzeit, Erschießung Panitza's. Hofnachrichten, „Dresdner Presse“ in Meißen, Buchdruckerjubiläumsfest, Radwettfahren. Gerichtsverhandlungen. „Sie wird geküßt“. Kgl. Conservatorium. | **Dienstag, 1. Juli.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Herzog in Dresden.

Von einer Art Ferienstimmung war der Reichstag schon am Sonnabend ergriffen, die Reiselust steckte den Abgeordneten bereits in den Gliedern. Die Volksvertretung war infolgedessen in guter Laune, sie begleitete die Ausführungen einzelner Redner mit Ausbrüchen von schallender Heiterkeit, die ihren Gipfelpunkt erreichte, als der Abg. Frhr. v. Münch, ein verschrobener Demokrat aus dem Schwabenlande, bevor er das erste Wort seiner Jungfernrede sprach, hastig das auf der Tribüne stehende Glas Wasser leerte — der Zufall hatte es gewollt, daß sein unmittelbarer Vorredner, der Antisemit v. Liebermann, es angetrunken hatte. „Möge ihm das antisemitische Wasser gut bekommen!“ rief nachher Herr v. Liebermann aus: für solche Scherze, daß ein Antisemit und ein Mitglied der großspurigen schwäbischen Volkspartei aus einem Glase trinken, ist der Reichstag immer empfänglich. Die fröhliche Stimmung im Reichstag theilte aber Einer nicht und das war der Kriegsminister v. Verdy. Er wird es nur noch a. D. sein. Sein Rücktritt ist, trotz entgegenstehender Mittheilungen, beschlossene Sache. Ob er den Flügeladjutanten, Generalleutnant v. Wittich, der jetzt den Kaiser auf seiner Nordlandfahrt begleitet, zum Nachfolger erhält oder einen anderen General, steht noch nicht fest. Herr v. Verdy hat sicher schon vor 4 Wochen gewußt, was ihm bevorstehe. Nach den Pfingstferien war er nicht mehr derselbe wie vorher. Er antwortete bei der zweiten Berathung der Militärvorlage in mißmuthiger und lässiger Weise, wie es sonst seine Art nicht war. Das fiel auf. Die Wirkungen seiner unbedachten Aeußerungen über militärische Zukunftspläne machten sich schon damals geltend: beim Volke als Beunruhigung, beim Kaiser als Verdruß über diese durch Verdy angerichtete Unruhe. Der Reichstag selbst sieht Herrn v. Verdy nur mit Bedauern scheiden. Er war auf allen Seiten sehr beliebt, früher bereits als Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements und während seiner 14monatlichen Thätigkeit als Kriegsminister. Gewiß wird Herr v. Verdy als aktiver Offizier dem Heere erhalten bleiben. Seiner Uebernahme des Kriegsministeriums ging der Ruf voraus, daß er einer der glänzendsten Militärschriftsteller, gedankenreichsten Strategen und der besten Organisatoren der Neuzeit sei. Vorher war General v. Verdy Gouverneur von Straßburg. Auf eine solche hervorragende Kraft können Vaterland und Heer nicht verzichten. Ganz ohne Grund ist ja die Meinung nicht, daß Herr v. Verdy gewissermaßen nur Sündenbock ist. Wohl hatte er als Kriegsminister neue und sehr kostspielige Gedanken; aber vermuthlich stand er darin nicht allein. Daß er sie aussprach, schlug zu seinem persönlichen Unheil aus. Für die Allgemeinheit aber war Das nur ein Vortheil. Seine militärische Zukunftsmusik erweckte das Echo: die Ausführung dieser Pläne ist unerschwinglich. Das hat man auch an allerhöchster Stelle eingesehen und, nachdem der Reichstag auf Windthorst's Rath sich ausdrücklich gegen diese Zukunftspläne ausgesprochen, wird der Kriegsminister v. Verdy geopfert. Damit werden diese Pläne selbst zurückgenommen und dieses ihr Fallenlassen erhält durch das Abschiedsgesuch des Ministers auch dem Volke gegenüber seinen sichtbaren Ausdruck.

In der Schlußberathung über die Militärvorlage faßte der konservative sächs. Abg. v. Friesen noch einmal die Gründe zusammen, welche mit Nothwendigkeit zur Bewilligung führten. Nur unser eigenes Schwert vermag das feindliche in der Scheide zu erhalten. Und auch die jetzige Vermehrung unserer Wehrkraft bleibt noch um viele Hunderttausende hinter den 5,800,000 Streitern zurück, die Rußland und Frankreich auf die Beine bringen. Auch Herr v. Friesen bezeichnete die zweijährige Dienstzeit als „diskutabel“. Eine Verminderung der Heeresausgaben folge aber nicht aus ihr; dieselben würden vielmehr nur noch steigen. Gegen die zweijährige Dienstzeit spricht als oberster Grund, daß sie nur den Fußtruppen, nicht aber der Reiterei, der Artillerie und den Pionieren zu Theil werden kann. Hatte doch auch der Abg. Bebel zugegeben, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sei, einen Artilleristen in derselben Zeit wie einen Infanteristen kriegstüchtig auszubilden. Ist die zweijährige Dienstzeit um Dutzende von Millionen, gegen 40, theurer als die jetzige Einrichtung mit massenhaften Königsurlaubern, so hat sie auch volkswirthschaftlich ihre zwei Seiten. Sicher werden die 50,000 Mann Fußtruppen, die jetzt 3 Jahre dienen müssen, sich freuen, wenn sie künftig mit 2 Jahren wegkämen. Wenn aber dafür die 25,000 Ersatzreservisten, die überhaupt nicht dienen, es künftig 2 Jahre thun müssen, so wird keiner von ihnen darin einen Vortheil erblicken. Dort erspart man 50,000 Dienstjahre von Leuten, die ihrem bürgerlichen Berufe überhaupt schon entrissen sind, hier aber erhält man genau 50,000 Dienstjahre wieder von solchen, die bisher von jeder Militärpflicht frei waren. Die Gesammtheit der Dienstjahre ist in beiden Fällen die gleiche; für den Einzelnen ist der Unterschied allerdings sehr fühlbar. Bei zweijähriger Dienstzeit würde der Oster-, Pfingst- und Weihnachtsurlaub beim Militär wegfallen, und was dieser Verlust für den Soldaten und seine Familie bedeutet, braucht man nicht weiter auszumalen. Trotz alledem ist, auch nach Herrn v. Friesen's Anschauung, die zweijährige Dienstzeit im Auge zu behalten. Sehr wirksam war die Darlegung des Antisemiten v. Liebermann, daß die Meinung der Sozialdemokraten, Tausende und Abertausende von Soldaten vom Dienste bei der Fahne zu entlassen, nur zur Verschärfung des Lohnkampfes führen müßte. Man sollte es einmal erleben, wie die Lohndrückerei anfinge, wenn jetzt Zehntausende von Arbeitskräften mehr von entlassenen Soldaten den Fabrik- und landwirthschaftlichen Arbeitern Konkurrenz machten!

Das hat auch der Abg. v. Münch eingesehen. In diesem freiherrlichen Demokraten kam ein Prachtstück der süddeutschen Volkspartei zu Worte. Herr v. Münch hatte zwar den Antrag auf zweijährige Dienstzeit unterschrieben, aber er ging mit voller Begeisterung für die dreijährige in's Feuer! In einem Athem verlangte er außerdem, daß gar keine bestimmte Dienstzeit vorgeschrieben, sondern jeder Soldat nach genügender Ausbildung entlassen werde. Sodann erklärte er sich sehr lebhaft für die Vermehrung der Feldartillerie; er hatte sich von der Friesen'schen Darlegung überzeugen lassen: diese Vermehrung der Artillerie sei eine wesentlich humanitäre Maßregel, geeignet, Tausende von Menschenleben zu schonen oder zu retten; zum Schlusse aber stimmte er doch gegen die Militärvorlage und damit gegen die Schonung des Lebens tausender deutscher Fußsoldaten. Welche Verworrenheit! Herr v. Münch ist noch am selben Tage aus der 10 Mann starken Volkspartei hinausgewimmelt worden.

Im Uebrigen steht der Reichstag vor dem Kehraus. Er wird nur noch den Nachtragskredit berathen, und der Ausschuß hat bereits aus demselben alle Forderungen gestrichen, die sich nicht als eine nothwendige Folgerung der jetzt angenommenen Militärvorlage ergeben. Leider wurden dabei auch die zu Unteroffizierprämien geforderten 1,700,000 Mk. abgelehnt. Dieser Bewilligung wird sich jedoch im Herbste der Reichstag schlechterdings nicht entziehen können. Hingegen bewilligte der Ausschuß 9,900,000 Mk. zur Ausbildung der Mannschaften des Beurlaubtenstandes der Fußtruppen mit dem neuen Repetirgewehre.

Aus dem europäischen Wetterwinkel, dem Oriente, kommen zwei bedeutsame Nachrichten: der bulgarische Major Panitza wurde in Sofia erschossen, in Belgrad hielt der Exkönig Milan eine scharfe Rede gegen die Regierung. In einem abendländischen Staate würde ein Zweifel darüber gar nicht aufkommen können, daß ein Offizier, der eine Verschwörung anstiftet, um die rechtmäßige Regierung zu stürzen und den Landesfürsten zu ermorden, sein Leben verwirkt hat. In den Orientländern aber ist das Staatsrecht, ja die Logik eine andere. Vieles sprach dafür, Milde und Nachsicht zu üben. Major Panitza war ein um Bulgarien hochverdienter Patriot, von großem Ansehen unter seinen Landsleuten, die ihm weder seine tapferen Thaten auf dem Schlachtfelde, noch die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien vergessen haben. Hierzu kam als Entschuldigung eine beinahe lächerliche Naivetät, wie Panitza seine verrätherische Meuterei offen ausplauderte. Endlich brachte es der Prozeß an den Tag, daß die Mitverschworenen nach dem Gelingen des Handstreichs gegen den Prinzen Ferdinand es als ihre erste Pflicht angesehen haben würden, das Haupt der Verschwörung, eben Panitza, zu tödten. Sie argwöhnten nämlich, daß Panitza nachher den Prinzen von Battenberg nach Bulgarien zurückberufen würde, und Das wollten die Parteigänger Rußlands unter keinen Umständen leiden. Panitza würfelte also gleichsam zwei Mal um sein Leben: mißlang der Anschlag, so fiel er als Opfer der bulgarischen Justiz; gelang er aber, so hätten ihn seine Mitverschworenen beseitigt. Prinz Ferdinand hat ersichtlich geglaubt, ein abschreckendes Beispiel geben zu müssen, er ließ der Gerechtigkeit freien Lauf, und während er selbst in's Ausland nach Karlsbad ging, ließ er daheim das Todesurtheil vollstrecken. Daß er dies thun darf, ohne befürchten zu müssen, daß während seiner Abwesenheit aus dem Lande dort eine Empörung ausbricht, zeigt großes Vertrauen in die Festigkeit der bulgarischen Verhältnisse. Den Russen wird dies nicht lieb sein, ebensowenig der Versuch des Exkönigs Milan von Serbien, der serbischen, aber ganz russisch gesinnten Regierung ein Bein zu stellen. Ob dies glückt, wollen wir morgen sehen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 30. Juni.

Berlin. Reichstag. Die 2. Berathung des Nachtragsetats betr. die Beamtenbesoldungserhöhungen wird fortgesetzt, und zwar bei den Diensteinkommensverbesserungen für diätarisch beschäftigte Beamte und Unterbeamte. Dazu liegt ein Antrag Auer auf Erhöhung der hierfür ausgeworfenen Summen auf 3,804,985 Mk. (50 Proz. mehr als beantragt) vor. Singer begründet den Antrag. Um die Mehrausgaben auszugleichen, welche durch die Vertheuerung der nöthigsten Lebensmittel hervorgerufen werden, reichte die Zulage für die Unterbeamten und Diätare nicht aus. Zwei Diätare seien sofort entlassen worden, weil sie Mittheilungen über ihre Beschäftigungsart in den Zeitungen gebracht hätten. Staatssekretär v. Bötticher: Ueber die in den Zeitungen erörterten Verhältnisse des statistischen Amtes sei eine Untersuchung veranlaßt worden. Die entlassenen Diätare hätten sich über ihre Entlassung nicht beschwert. Dr. Baumbach (freis.) befürwortet die Resolution der Kommission. Mit weitergehenden Vorschlägen könne man bis zur nächsten Etatsberathung warten. v. Benda (nl.) wendet sich gegen die sozialdemokratische Resolution betreffend die Erhöhung der Pensionen. Die Regierung habe in dieser Beziehung in der Kommission zufriedenstellende Mittheilungen gemacht. Dr. Windthorst: Die Vorlage sei ein bedeutender Fortschritt. Singer selbst wisse, daß die Mittel fehlten, um weiter zu gehen, und habe dies auch anerkannt. Konsequent seien daher die von ihm vertretenen Anträge nicht. Singer (Soz.): Zum Sparen hätte Windthorst bei der Militärvorlage bessere Gelegenheit gehabt. Nachdem man die nöthigen Lebensmittel vertheuert habe, sollte man hier nicht die Mittel verweigern, um die Diensteinkommen entsprechend zu verbessern. Richter: Singer behandele die Frage unzutreffend. Durch den sozialdemokratischen Antrag würde das Einkommen der Bureaubeamten statt um 5 um 7½ Proz. erhöht. Das sei eine minimale Erhöhung, die mit den stolzen Worten Singer's nicht zusammenpasse. Erhöhungen beantragen bei den einzelnen Positionen und dann den Etat im Ganzen ablehnen, das sei zwar eine dankbare Rolle, aber nichts weniger als konsequent. Dr. Windthorst: Die Kornzölle seien nöthig gewesen, um die Landwirthschaft und den Arbeiter zu erhalten. Das sähen die Arbeiter jetzt auch ein. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und die Vorlage nach der Kommission angenommen. Zu Stellenzulagen werden 45,000 Mk. gefordert. Rickert bekämpft das System der Stellenzulagen überhaupt. Die eingestellte Summe sei lediglich ein Dispositionsfonds, für dessen Verwendung jede Kontrole fehle. Staatssekretär Frhr. v. Malzahn: In Preußen seien die Stellenzulagen bewilligt. Verweigere man sie im Reiche, so stelle man die Reichsbeamten schlechter, als die preußischen. Frhr. v. Huene (Centr.) weist darauf hin, daß die geforderte Summe nur für ein Jahr bewilligt werde. Dr. Baumbach (freis.) bekämpft die Stellenzulagen. Dieselben werden angenommen, ebenso der Rest der Vorlage. Angenommen werden ferner die Resolutionen der Kommission auf Vermehrung der etatsmäßigen Beamtenstellen und auf Einführung der Dienstaltersstufen für die Beamtenbesoldungen. Singer befürwortet die sozialdemokratische Resolution auf Erhöhung der Pensionen. Staatssekretär v. Maltzahn weist darauf hin, daß die Berücksichtigung dieser Resolution erhebliche Mittel beanspruchen würde. Richter: Für die Pensionäre und Relikten seien in letzter Zeit mehrfache Bewilligungen erfolgt. Reformbedürftig sei das Militär-Pensionsgesetz für die unteren Klassen. Namentlich müsse unterschieden werden zwischen militärischer Invalidität und Erwerbsunfähigkeit. Anträge, wie der vorliegende, die nicht genau begrenzt seien, seien immer bedenklich. Die sozialdemokratische Resolution wird abgelehnt. Es folgt Berathung des Antrags der verbündeten Regierungen betr. die Errichtung eines Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. Frhr. v. Heereman (Centr.) beantragt Erörterung der Sache in einer Vierzehner-Kommission. Staatssekretär v. Bötticher ist damit einverstanden, bittet aber, daß die Kommission ihre Arbeiten noch vor der Vertagung beginne. Die Vorlage geht an eine Vierzehner-Kommission. Auf Antrag Mintelen's wird eine Resolution angenommen: Die Regierung wolle baldigst eine Vorlage machen, in welcher das Zustellungsverfahren neu geregelt und die bisherigen Mängel: Kostspieligkeit und Weitläufigkeit, vermieden werden. — Morgen: Konsulargerichtsbarkeit in Samoa. 3. Lesung der Beamtenbesoldungserhöhungen. 2. Lesung des Nachtragsetats betreffend die Militärvorlage. Wahlprüfungen.

Berlin. Ihre Majestäten der Kaiser und der König von Dänemark trafen heute Vormittag ½12 Uhr, begleitet von den königlichen Prinzen, der Prinzessin Waldemar und der Prinzessin-Wittwe von Anhalt, in Helsingör ein. Nach herzlichem Abschied ging der Kaiser unter Kanonensalut in die Schaluppe. Der König kehrte alsbald nach der Residenz Bernstorff zurück. Sodann setzte der Kaiser die Reise nach Christiania fort. — Die Kaiserin ist heute früh mit den kaiserlichen Prinzen nach der Insel Rügen abgereist. — Mit der Kaiserin Friedrich ist auch der Prinz von Schaumburg-Lippe zum Besuch der Königin von England in Schloß Windsor eingetroffen. — Der Kaiser hatte unterm 7. Juni dem Großherzog von Baden seine Genugthuung über die schnelle Ausführung der in Baden hergestellten, für die Sicherheit des Reiches hochbedeutsamen Eisenbahn zu erkennen gegeben und darin einen neuen Beweis von des Großherzogs Fürsorge für die Interessen des Reiches erblickt. Der Großherzog hat darauf dem Kaiser mittelst Handschreiben, welches heute im amtlichen Theile des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht wird, mitgetheilt, daß jene wohlwollenden Aeußerungen ihn und seine Regierung auf das Freudigste berührt haben. Gleichzeitig wird in dem Schreiben der Dank dafür ausgesprochen, daß der Kaiser der für das badische Pionierbataillon in Kehl neuerbauten Kaserne den Namen Großherzog-Friedrich-Kaserne beigelegt hat. — Der kaiserliche Konsul in Alexandrien, Hellwig, erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse des Sächsischen Albrechtsordens. — Der Gouverneur von Helgoland, Barkly, ist von hier nach Helgoland zurückgekehrt.

Berlin. Der Bundesrath hat den Gesetzentwurf, betr. die Gerichtsbarkeit in Samoa, angenommen. — An Stelle des Geh. Legationsraths Dr. Kronel, der Gesandter in Buenos-Ayres wird, ist Geh. Legationsrath Dr. Kayser zum Dirigenten der kolonialpolitischen Abtheilung ernannt worden. Zugleich tritt eine Aenderung in der Kolonialabtheilung dergestalt ein, daß die Leitung der Abtheilung nur in denjenigen Fragen, welche ein Verhältniß zu anderen Staaten bedingen, vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, in allen übrigen Angelegenheiten aber vom Reichskanzler unmittelbar ressortirt werden. — Bei dem Festbanket zu Ehren v. Wißmann's, welches dem Kommers am Sonnabend vorausging, wurde dem Fürsten Bismarck folgender telegraphischer Gruß übersandt: Die zur Feier der Rückkehr Wißmann's im Gasthof zur Stadt Rom versammelte Gesellschaft hat Ew. Durchlaucht in dankbarster Erinnerung ein schmetterndes Hoch ausgebracht. Wißmann, v. Cuny, Wlskow, v. Aufseß, Liebert. — In Reichstagskreisen war heute davon die Rede, daß der Reichstag wahrscheinlich schon am Mittwoch vertagt werden wird. — Die Budgetkommission des Reichstages hat den Nachtragsetat mit einigen Streichungen angenommen. — Die Unteroffiziers-Dienstprämien, ca. 2 Millionen, sollen erst in den nächsten Etatsjahren eingestellt werden. Abgelehnt wurden ferner eine Anzahl Neubauten für Magazinanlagen. Für die dringendsten Neubauten werden Pauschalsätze bewilligt. Bei den Forderungen zur Vervollständigung des Eisenbahnnetzes, die gleichfalls bewilligt wurden, gab die Regierung eine Reihe von Aufklärungen, die als vertraulich behandelt sind. — Die Anlage einer unterirdischen Telegraphenlinie von der sächsisch-bayrischen Grenze bei Hof über Chemnitz nach Dresden wurde genehmigt.

Berlin. Auf dem ehemaligen Jacobi-Kirchhof wurde heute das Standbild des Führers der alten Fortschrittspartei, Waldeck, enthüllt. Prof. Virchow hielt die Weiherede. — Gegenüber der Meldung der „Freis. Ztg.“, daß Häusler's Rücktritt dadurch veranlaßt gewesen sei, daß er die Kaiser-Yacht im Reichstage nicht schneidig genug vertreten habe, kann die „Kreuzztg.“ positiv versichern, daß das chronische Herzleiden Häusler's der zwingende Grund für sein Entlassungsgesuch gewesen ist. — Dem „Tagebl.“ wird aus New-York gemeldet, Staatssekretär Blaine habe bekannt werden lassen, er sei von den auswärtigen Gesandten verständigt worden, daß die Annahme der Tarif-Bill von den europäischen Staaten als eine wirthschaftliche Kriegserklärung betrachtet werde. Unter der Führung Deutschlands hätten Frankreich, Oesterreich, Italien und Spanien bereits geheime Abmachungen getroffen, wonach die amerikanischen Produkte mit Prohibitivzöllen belegt werden sollen. Blaine erklärte abermals, er werde die Tarif-Bill mit aller Macht bekämpfen und hoffe zu siegen.

Leipzig. Am 10 Juni findet vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichtes die Verhandlung gegen den Schneider Reinhold und dessen Ehefrau, den Maler Behr und den Schlosser Wagenknecht wegen Verbreitung anarchistischer Blätter und Verbereitung zum Hochverrath statt.

Hamburg. Das Schweine-Einfuhrverbot gegen Dänemark ist aufgehoben.

Budapest. Der Handelsminister ordnete eine 7tägige Observation für Schiffe aus Alicante, Tarragona und allen dazwischen liegenden Häfen an.

Paris. Gerüchtweise verlautet, daß in Toulon Cholerafälle beobachtet worden seien.

Konstantinopel. In Erzerum fand ein blutiger Zusammenstoß zwischen Armeniern und türkischem Militär statt. 10 Muhamedaner und 8 Christen wurden getödtet, 40 Muselmänner und zahlreiche Christen sind verwundet. Der Anlaß war die Revision der türkischen Behörde in einer armenischen Kirche, wo angeblich ein heimliches Waffen-Depot sein sollte. Dabei soll die Kirche von den Soldaten profanirt worden sein.

Die **Berliner Börse** eröffnete fest, doch kam später eine ziemlich allgemeine Abschwächung zum Durchbruch. Banken Anfangs wenig verändert, dann nachgebend. Für deutsche Bahnen bestand lebhaftere Nachfrage, besonders für Mainzer in Erwartung baldiger Verstaatlichung. Oesterreichische Bahnen belebt und besser. Kohlenwerthe gut gefragt, Eisenbahnwerthe wenig beachtet. Fremde

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Rampische Str. 41/42). Butter täglich 3 Mal frisch.